

Der vorangegangene Artikel (UZ/21) endete mit der Einschätzung, daß infolge einer Kette von Maßnahmen der SED- und Staatsführung (von Februar bis Mai 1953) sich die soziale und politische Lage in der DDR derart verschlechterte, daß im Frühsommer eine krisenhafte Situation herangereift war. Besonders die beginnenden lokalen Streiks nach Veröffentlichung der Verordnung zur Normerhöhung zeigten die wachsende Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterschaft. Doch die Parteiführung schien diese Situation nicht zu reflektieren! Sie erfreute sich an Paraden und Aufmärschen zum 1. Mai und Meldungen zur Vorbereitung des 80. Geburtstages von W. Ulbricht in den Massenmedien. Mitglieder der SED aus Betrieben, Institutionen, die an die übergeordneten Leitungen Signale der Unzufriedenheit weiterleiten wollten, wurden als „Versöhler“ und „Kapitulanten“ abqualifiziert und begaben sich in Gefahr, als Feinde abgestempelt und verfolgt zu werden, nachdem die 11. ZK-Tagung (Mai) nochmals eindringlich zu Wachsamkeit aufgerufen und eingeschätzt hatte: „Die Feinde tarnen sich mit dem Parteimitgliedsbuch“. (Beschluß des ZK vom 14. 5. 53 – 13. Tagung – in: Dokument der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 397)

Doch überraschend erschien in den Tageszeitungen des 11. Juni ein Kommuniqué des Politbüros mit der Feststellung, daß „seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde, die ihren Ausdruck in Anordnungen gefunden haben“ und mit der Schlussfolgerung, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung verbessern“. (Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, ebenda, S. 420 f.)

Das kam fast einem Erdbeben gleich, nachdem seit Sommer 1950 – zu Ehren des 111. Parteitages der SED geschaffen – gesungen wurde: „Die Partei, die hat immer recht!“.

Wie war es zu dieser Einschätzung gekommen, mit der die Politik des neuen Kurses eingeleitet wurde? Es liegen inzwischen mehrere Hinweise vor, daß diese Kurskorrektur auf Veranlassung der KPdSU zustande gekommen ist. Semjonow, damals Außerordentlicher Botschafter der UdSSR in der DDR, kehrte am 5. 6. 53 mit dieser Orientierung, die auf eine Entspannung der internationalen Lage und der inneren Situation in der DDR gerichtet war, zurück und veranlaßte die SED-Führung, eine derartige Kurskorrektur einzuleiten. (Auch in anderen sozialistischen Ländern kam es zu einer solchen Politik des Neuen Kurses, die, wie im Falle Ungarns, mit einschneidenden kadernmäßigen Veränderungen der dortigen Parteiführung verbunden war.) Daraufhin spitzte sich die Lage weiter zu, besonders die Verunsicherung bei Staats- und Parteifunktionären nahm zu. Zumal das ZK der SED den 1. Sekretären der Bezirksleitungen die Anweisung gegeben hatte, zum veröffentlichten Kommuniqué nicht zu argumentieren, sondern lediglich Informationen einzuholen. (BPA, IV/2/12/988)

So schätzte die SED-Bezirksleitung Leipzig ein: „Als das Kommuniqué des Politbüros erschien, wußte eine Unsicherheit um sich, weil die Partei nicht rechtzeitig verstand, unter der werktätigen Bevölkerung das richtige Verhältnis zur selbstkritischen Erklärung der Partei und Regierung herbeizuführen und den tieferen Sinn in der Veränderung der Politik zu erklären.“ (Ebenda) Die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Kommuniqués waren äußerst zwiespältig. Wie bereits ausgeführt, fühlten sich die Parteileitungen ungenügend informiert, und die Staatsorgane taten sich schwer bei der Umsetzung dieser Orientierung, d. h. bei der Korrektur der begangenen Fehler. Die Stimmung der Massen wurde nicht beruhigt, im Gegenteil! Denn während alle Verordnungen, die die soziale und politische Lage der Intelligenz, der Bauernschaft, der Handwerker und Gewerbetreibenden einschränkt hatten, aufgehoben werden sollten, war die Normerhöhung nicht korrigiert worden. Dadurch wuchs die Unzufriedenheit unter den Arbeitern noch an, weil sie empfand darüber waren, daß eine Arbeiter- und Bauern-Regierung gerade die Arbeiterschaft bei der Politik des Neuen Kurses nicht genügend berücksichtigt hätte.

Am 14. Juni erschien im „ND“ ein von R. Herznstadt – damals Chefredakteur dieser Zeitung, Mitglied des ZK und Kandidat des Politbüros – initiiertes Artikel zur Normfrage, der forderte, „es werde Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen, erst wenn die Arbeiter überzeugt seien, Gültigen Normen verändert werden“. War das die Zurücknahme der Normerhöhungen? Im Gegenteil – die Parteiführung hielt ausdrücklich an dieser fest. Das machte ein Artikel in der „Trübe“ vom 16. Juni deutlich, wernach festgestellt wurde, daß der Beschluß zur

17. Juni 1953 - Legende und Wirklichkeit

17. Juni in Leipzig / Politik des Neuen
Kurses und die Normfrage (2. Teil)



17. Juni 1953 in Leipzig: Aufgebrachte Bürger vor dem Alten Rathaus.
Repros: R. Müller

Normerhöhung in vollem Umfang erhalten bleibt, weil damit die materielle Absicherung des Neuen Kurses gewährleistet werden müsse.

Diese Argumentation wirkte offensichtlich wie „die Lunte am Pulverfaß“. Da auch ein Brief von Berliner Bauarbeitern an O. Grotewohl mit der Bitte um Diskussion dieser Fragen unbeantwortet blieb, trieb die Enttäuschung und Wut Teile der Arbeiter spontan auf die Straße. So begannen am 16. Juni in Berlin, ausgehend von Bauarbeitern der Städtischen, Streiks und Demonstrationen, denen sich auch andere Teile der werktätigen Bevölkerung anschlossen. Am gleichen Tag hatte das Politbüro der SED vormalige die Normerhöhung zurückgenommen, und am Nachmittag versuchten W. Ulbricht und O. Grotewohl Berliner Parteifunktionäre zu mobilisieren und die Arbeiter aufzufordern, sich um die Partei und um die Regierung zusammenzuschließen und die feindlichen Provokateure zu entlarven, welche versuchen, Unruhmachern und Verrätern in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen“. (Erklärung des Politbüros zur Normfrage, Beschluß des Politbüros vom 16. Juni 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin 1954, S. 433) Doch da war es bereits zu spät! So nahm die „Konterrevolution“ ihren Verlauf!

Der 17. Juni 1953 in Leipzig (Alle Angaben zu den Ereignissen wurden im BPA Leipzig gefunden)

Wie in Berlin, so kam es auch in Leipzig am 16. bereits zu ersten Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, die dann am nächsten Tag ein erhebliches Ausmaß erlangten. Gegen Mittag des 17. Juni zogen etwa 3000 Bauarbeiter des VEB MAV Schönditz zu verschiedenen Baustellen der Stadt, u. a. zur Windmühlenstraße, wo sich die dortigen Bauarbeiter dem Streik anschlossen. Die Demonstranten führten Luchungen mit wie „Solidarität mit Berlin“, „Freie Wahlen“, „Weg mit der Regierung“. Zu diesem Zeit-



Arbeiter der Kirov-Werke auf dem Marsch zum Amtsgericht. Losung: „Wir fordern Butter, keine Kanonen. Freiheit und mehr Lohn!“

Juni kurzfristig ins Politbüro beordert und kehrte erst am Nachmittag mit Anweisungen zurück. So verhielten sich die Leipziger Partei- und Staatsfunktionäre zunächst sehr unterschiedlich. Ein Großteil wartete gemäß der Orientierung „Ruhe bewahren, es läuft sich tot!“ zunächst ab. Andere beteiligten sich an Hamsterkäufen in den Einzelhandelsgeschäften. So war innerhalb kurzer Zeit die Betriebsverkaufsstelle des Rates des Bezirkes ausverkauft. Die Genossen legten ihr Parteiabzeichen ab. Auch die Volkspolizei verhielt sich zunächst zurückhaltend und griff erst nach ausdrücklicher Weisung durch die Bezirksleitung der SED zu den Waffen. Auch sowjetische Einheiten, die zur Sicherung lebensnotwendiger Objekte der Stadt eingesetzt waren – beispielsweise am Hauptbahnhof –, griffen zunächst nicht unmittelbar ein und gaben anfangs nur Warnschüsse in die Luft.

Im Verlaufe des Tages war es an mehreren Stellen zu gewaltsamen Übergriffen und sinnlosen Zerstörungen gekommen, so z. B. der FDJ-Bezirksleitung in der Ritterstraße, der VP-Dienststelle in gleicher Straße, auf die Gebäude der LVZ, des Gefängnis in der Dimitroffstraße und Beethovenstraße und anderswo. Nach Einschätzung der Bezirksleitung der SED wurden solche gewaltsamen Aktionen von der Masse der Arbeiter nicht unterstützt, jedoch auch nicht energisch genug unterbunden. Obwohl auch darüber berichtet werden muß, daß es an diesen Tagen auch Aktionen der Sicherung von Gebäuden, Betrieben und Institutionen durch die Belegschaften gegeben hat. So verteidigten die Historiker das Gebäude im Peterssteinweg, in der Nachbarschaft zum Gefängnis, die Mitarbeiter des Rates der Stadt sicherten ihr Gebäude und auch in Betrieben kam es zu Bildungen von Arbeiterwehren.

An unserer Universität fanden gerade Prüfungen statt, so daß nur wenige Studenten an den Demonstrationen beteiligt waren. Der größte Teil der Wissenschaftler verhielt sich zunächst abwartend. Aber auch an der Universität wurden deutliche Stimmen nach der Ablösung von W. Ulbricht laut. Das war u. a. bei Medizinern, Juristen, Pädagogen diskutiert worden. Die Parteileitung der Universität verfolgte gleichfalls die Weisung der SED-Stadtleitung, wonach abzuwarten und nicht durch Eingreifen provoziert werden sollte. Das brachte ihr eine gehässige Kritik durch das Sekretariat der SED-Bezirksleitung ein, da sie nichts gegen den Sturm auf die FDJ-Bezirksleitung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft getan hatte. (Dazu soll in einem weiteren Artikel ausführlicher Stellung genommen werden.)

In lebenswichtigen Bereichen in der Stadt wurde nicht gestreikt, so nicht bei den Verkehrsbetrieben, beim Post- und Fernmeldewesen, in den Kraft- und Gaswerken, im staatlichen und gewerkschaftlichen Handel. (Letztere und die Sparkasse der Stadt hatten lange Kundenschlangen zu bedienen.)

Gegen Abend verhängte der Militärkommandeur des Bezirkes Leipzig für dieses Territorium den Ausnahmezustand, damit wurden alle Demonstrationen und Zusammenkünfte mit mehr als drei Personen und sämtlicher Verkehr zwischen 21 und 3 Uhr verboten. Bei Zuwiderhandlungen wurden militärische Maßnahmen angedroht. So bedrohlich auch sowjetische Panzer in der Stadt empfangen worden sind, so hielten sie offensichtlich einen Teil der Arbeiter nicht davon ab, an den folgenden Tagen den Streik fortzusetzen. Am 18. und 19. weitete sich der Streik auf den Landkreis Leipzig aus, wo zahlreiche Betriebe dem Leipziger Beispiel folgten. Auch auf dem Lande kam es in diesen Tagen zu Aktionen, die Unzufriedenheit und Willen zu Veränderungen demonstrierten. So wurden vereinzelt LPG aufgelöst, Bürgermeister abgelöst und Forderungen nach freier Marktwirtschaft gestellt.

Parteiaustritte waren in allen Bereichen der Stadt Leipzig zu verzeichnen. Vom 17. 6. bis 19. 6. 53 legten 306 Genossen ihr Parteibuch hin, darunter 211 Arbeiter, 26 Angestellte, 9 Bauern, 26 Angehörige der Intelligenz.

Bis zum 3. 8. 53 wurden im Bezirk 143 Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni verurteilt, darunter 85 Prozent Arbeiter und 60,3 Prozent Jugendliche bis zu 25 Jahren.

Ab 22. Juni 1953 normalisierte sich die Lage weitgehend in der Stadt, d. h. es wurde wieder gearbeitet. An diesem Tage meldete sich erstmals die SED-Führung zu Wort mit der Veröffentlichung des Beschlusses der 14. Tagung vom Vortag, die zu den Ereignissen des 17. Juni Stellung genommen hatte. (Diese Auswertung wird in einem weiteren Artikel betrachtet werden.)

Dr. HEIDI ROTH,
Sektion Geschichte

UZ-Literaturtip

umWelt

Monatsschrift
der ökologischen Bewegung
der DDR

umWelt ab September erhältlich.
erscheint monatlich im Verlag Gesundheit GmbH i. G.

umWelt umfaßt 32 Seiten
und kostet 2,80 M/DM

– informiert – kritisiert – aktiviert umWelt
vom Sachbericht über die Umweltreportage
bis hin zu Ökotip und Naturlyrik

umWelt wendet sich an interessierte
und aufgeweckte Zeitgenossen

umWelt sollten Sie jetzt abonnieren,
der Postzeitungsvertrieb nimmt Ihre Bestellung
entgegen

im Verlag
Gesundheit GmbH i. G.

Die Wissenschaftliche Buchgesellschaft in Darmstadt teilt den Lesern der UZ mit, daß in diesen Tagen folgender Band erschien:

Peter Bucher
Nachkriegsdeutschland: 1945–1949
hrsg. von Peter Bucher, 1990. XXV, S. 494, Geb. mit Schutzumschlag (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert; Bd. 10)

ISBN 3-534-09082-9 DM 98,-
(für Mitglieder der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft DM 79,-)

Zum Inhalt:
Ausgehend von der „Stunde Null“ behandelt der Band die Neugestaltung

des gesellschaftlichen, politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den vier Besatzungszonen bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Er enthält eine Auswahl aus der umfangreichen zeitgenössischen Publizistik ergänzt durch bislang unveröffentlichte Dokumente aus staatlichen und nichtstaatlichen Aktenbeständen des Bundesarchivs.

Zum Autor:
Peter Bucher, Dr. phil., Honorarprofessor der Universität Mainz;

Archivoberrat im Bundesarchiv Koblenz; Veröffentlichungen zur neuesten Geschichte, Landes- und Pflanzgeschichte.

Jetzt auch in der DDR zu abonnieren!

UNIVERSITAS

Zeitschrift für interdisziplinäre
Wissenschaft

aus der Wissenschaftlichen Verlagsgesellschaft
Stuttgart

- ist eine interdisziplinäre Zeitschrift für Wissenschaft, Kunst und Literatur. Sie vermittelt „Orientierungswissen“ und fördert den Dialog zwischen Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften
- erscheint monatlich, im Jahresabonnement kostet UNIVERSITAS 78,- M zzgl. Porto
- kann die Abo-Rechnung zunächst für 1990 in Mark der DDR zum Kurs 1:1 bezahlt werden
- Ihre Bestellung richten Sie an:



S. Hirzel Verlag Leipzig
Postfach 506, Leipzig 7010

